Berlin.
Dienstag, 28 Juli.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr 20 Sgr, für ganz Preußen 2 Thlr 12½ Sgr; für das übrige Deutschland 2 Thlr 24½ Sgr.

(Abend-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 346.
1857. — 10ter Jahrgang.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin b. Exped. Jäger-Str. 22.
Inserate: die Petitzeile 2 Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: zur Zollkonferenz. Frankfurt a. M.: Abreise des österr. Gesandten. München: die Sammlungen für die Schleswig-Holsteiner.
Aus der Schweiz: aus der Bundesversammlung; aus Neuenburg.
Frankreich. Paris: aus der Moldau; der Komplott-Prozeß; Tod des Fürsten von der Moskwa.
Großbritannien. London: die indischen Verhältnisse.
Italien. Turin: die Verhältnisse in Genua; aus Neapel; nachgelassenes Werk Pisacane's. Florenz: Konstitutionelle Demonstration. Aus Neapel: die Untersuchung; Konflikt in Torre del Greco.
Türkei. Konstantinopel: Johan Bey; Eisenbahnwesen.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

Deutschland.

* **Berlin**, 28. Juli. Die zur Zeit hier tagende Zoll-Konferenz hat, wie die „Zeit" mittheilt, ihre Berathungen, welche seit dem 14. d. M. zur Einholung der erforderlichen Instruktionen ausgesetzt waren, gestern wieder aufgenommen.

— Die Regierungen der Zollvereins-Staaten sind übereingekommen, eine Zollbegünstigung für den auf inländischen Reismühlen verarbeiteten Reis in der Art eintreten zu lassen, daß der Eingangszoll, so wie der Durchgangszoll, nur nach dem Bruttogewichte des aus der Reismühle hervorgehenden Fabrikats zur Erhebung kommt.

Frankfurt, 26. Juli. Der österreichische Gesandte am Bundestage, Graf Rechberg-Rothenlöwen, hat sich heute zu dem Fürsten Metternich nach Schloß Johannisberg begeben und wird dann auf einige Wochen nach Wien gehen.

* **München**, 26. Juli. Der „Fr. P. Z." wird von hier geschrieben: „Auch die hiesigen Studenten veranstalten gleich ihren Kommilitonen in Heidelberg, Würzburg, Erlangen ꝛc. eine sogenannte Wochensammlung für die vertriebenen Schleswig-Holsteiner." Dagegen bringt das Tageblatt der Stadt Schweinfurt unter dem 25. d. M. folgende Mittheilung: „In einer heute eingetroffenen Ministerialentschließung vom 23. d. M. ist ausgesprochen: „Daß zu einer Sammlung für entlassene schleswig-holsteinische Beamte kein Anlaß gegeben sei, weil die meisten der in Frage stehenden Geistlichen und Beamten theils in Baiern, theils in anderen deutschen Staaten bereits Verwendung gefunden hätten, und daß demnach allen diesen unter verschiedenen Formen veranstalteten Sammlungen, als Concerten und dgl. aus politisch-polizeilichen Rücksichten entschieden entgegenzutreten sei." In Folge dessen ist die dem hiesigen Liederkranze vom Stadtmagistrate daher ertheilte Erlaubniß zur Abhaltung eines Concerts für besagten Zweck heute wieder zurückgenommen worden." — In der „Fr. P. Z." lesen wir, daß drei Baiern in München angekommen sind, welche, wegen politischer Umtriebe verurtheilt, auf der Festung Ofen detinirt waren, durch die „kaiserliche Amnestie aber ihre Freiheit erhielten."

Schweiz.

*§§ **Aus der Schweiz**, 25. Juli. Der Nationalrath hat sich vorgestern wieder in das stürmische Meer der Eisenbahndebatten begeben. Die Mehrheit der Kommission beantragt Abweisung des Begehrens von Waadt wegen Zwangskonzession für die Murtener Linie, und zwar nicht bloß „zur Zeit", wie der Bundesrath will. Eine Minderheit will verschieden oder doch nur zur Zeit ablehnen, eine andere möchte den Bundesrath einladen, eine Verständigung zwischen den streitenden Gesellschaften und Kantonen anzubahnen. Der Berichterstatter Hungerbühler zeigt, daß die Orongegesellschaft und Freiburg alle ihre Verpflichtungen erfüllt und schon 3 Millionen verbaut haben und Waadt sich dem wiederholt gefaßten Bundesbeschluß unterwerfen muß. Escher für die Minderheit vertheidigt das Waadtländische Interesse. Unter den weitern Rednern macht sich Bundesrath Stämpfli durch Eifer für die bundesmäßige Orenlinie bemerklich. Der Mehrheitsantrag wird zum Beschluß erhoben, jedoch der Versuch einer Verständigung dem Bundesrath aufgetragen. — Der Ständerath hat sich gegen Ankauf sowohl von Obligationen als Aktien der Eisenbahngesellschaften erklärt, den Beitrag von 50,000 Fr. zur katholischen Kirche in Bern bewilligt und den Briatte'schen Antrag, der Familie Franscini 40,000 Fr. auszusetzen, an eine Kommission gewiesen. Der „Bund" bemerkt hierzu: „Größeren Anklang dürfte ein anderer Antrag finden, der dahin lauten soll, es möchte der Bundesrath ermächtigt werden, von der Familie Franscini's dessen Bibliothek und die hinterlassenen statistischen Arbeiten zu erwerben und bei diesem Anlaß auch den Opfern an Zeit, Geld und Anstrengungen Rechnung zu tragen, mit welchen die für die Schweiz so werthvollen statistischen Sammlungen und Zusammenstellungen für den Verstorbenen verbunden waren." — Von den 1848 erwählten sieben Bundesräthen sind drei gestorben (Druey aus Waadt und Munzinger aus Solothurn voriges Jahr) und einer, Ochsenbein aus Bern, wurde 1854 fallen gelassen. Zum alten Stamm gehören noch Furrer aus Zürich, Frey-Herosee aus Aargau, Näff aus St. Gallen; später Gewählte sind Stämpfli aus Bern, Fornerod aus Waadt, Knüssel aus Luzern. Man glaubt, Pioda aus Tessin werde die Zahl wieder füllen.

Am 19. fand in Locle eine Versammlung von Abgeordneten aus dem Neuthal, Chaux-de-fonds, Locle und Brenets statt, veranstaltet von der Commission radicale d'initiative zu Chaux-de-fonds. Unwillig über das Benehmen der Independenten und früheren Royalisten beschloß man: Die Grundlage der Vertretung im Verfassungsrathe soll sich auch auf die schweizerische Bevölkerung ausdehnen, und, um zu diesem Zweck zu gelangen, soll eine allgemeine Petition an den Großen Rath gerichtet und, falls dieser darüber zur Tagesordnung schreitet, beim Bundesrath eingekommen werden, damit derselbe die hiesigen Schweizer bei ihren Rechten schütze. Es wurde ferner beschlossen, dahin zu arbeiten, daß die Wahlen in den Verfassungsrath so schnell als möglich vorgenommen werden, und daß der Grundsatz der unentgeltlichen Schulbildung in die neue Verfassung gelange. Die große Mehrheit obiger Versammlung bestand aus eigentlichen Neuenburgern. — In Hofwyl ist nach langen Leiden Dr. Theodor Müller aus Mecklenburg gestorben, welcher über 30 Jahre lang in der berühmten Fellenberg'schen Anstalt als Lehrer der alten Sprachen wirkte und die Liebe seiner Schüler in hohem Grade besaß. Späterhin war er eine Zeitlang am Progymnasium zu Bern angestellt und mit dem Inspektorat der Sekundärschulen des Kantons bekleidet.

Frankreich.

△ **Paris**, 26. Juli. Die wiederholten Veröffentlichungen von Korrespondenzen bezüglich der Zustände in den Donau-Fürstenthümern können kaum einen Zweifel übrig lassen, daß für den Augenblick wenigstens die französische Politik in Konstantinopel den Kürzeren zieht. Die französische Regierung hat, wo sie einen wirklichen Erfolg zu erzielen glaubte, während der diplomatischen Verhandlungen meist strenges Stillschweigen beobachtet und auch von Andern verlangt. Wenn sie nun in der rumänischen Frage so häufig spricht oder doch sprechen läßt, so deutet dies darauf hin, daß ihre Aktion gelähmt ist. Es sind neuerdings wieder Gerüchte im Umlauf, daß Herr Thouvenel einen Nachfolger erhalten solle; man läßt dem guten Willen und dem Eifer dieses Diplomaten alle Gerechtigkeit widerfahren, findet aber, daß er seinem Gegner Lord Redcliffe nicht gewachsen ist. Das mag wohl sein, allein die Frage ist nur die, ob Frankreich überhaupt einen Diplomaten besitzt, welcher dem englischen Berather der Pforte die Stirne zu bieten vermag. Wäre diese Frage nicht längst hier im hohen Rathe verneint, so säße Herr Thouvenel schon längst nicht mehr in Konstantinopel. Inzwischen scheint soviel gewiß, daß sich an hoher Stelle ein bedeutendes Quantum von Zorn und Mißvergnügen über die Vorgänge im Orient aufgehäuft hat. — Herr Mires, der durch Eugen von Mirecourt arg mitgenommen worden ist, läßt gegenwärtig bei Freunden und Bekannten an der politischen und Finanzwelt eine Petition an den Senat zirkuliren, welche die Abänderung der Strafgesetzgebung über das Vergehen der Verleumdung verlangt. Die Petenten sollten, wenn sie ihr Ziel erreichen wollten, gleichzeitig um Freigebung der politischen Diskussion bitten. In einem Lande wie Frankreich, wo das Bedürfniß mit Feder und Zunge zu kämpfen fast so dringend ist wie das tägliche Brod, giebt es nur ein Ableitungsmittel, nämlich Freiheit der politischen Diskussion. Fehlt diese, so werfen sich spitze Federn und Zungen auf das Privatleben der öffentlichen Persönlichkeiten. — Eine Anzahl englischer Zeitungen sind heute auf der Post zurückgehalten worden, angeblich wegen Veröffentlichung der Abwehrschreiben mehrerer der vom „Moniteur" Angeklagten.

△△ **Paris**, 26. Juli. Der „Moniteur" hat nicht, wie man erwartete, die direkte Ankündigung gebracht, daß die Regierung die Wahlen in der Moldau als ungesetzlich ansehe, sondern er begnügt sich damit, eine neue Korrespondenz aus Jassy mitzutheilen. Diese Form der Verwahrung ist bereits so oft ohne irgend welchen Erfolg angewendet worden, daß sie keinen großen Eindruck mehr machen kann. Die halboffiziellen Organe anderer Regierungen pflegen bekanntlich den „Moniteur" hernach Lügen zu strafen. Diesmal handelt es sich um gewisse Vorgänge in Botoschani, nächst Jassy der ansehnlichsten Stadt der Moldau. In dem Distrikte, dessen Hauptstadt sie ist, war Herr Guerguel Vorstand; derselbe wurde aber vom Kaimakam durch Oberst Ranetto ersetzt, „der alsbald gezeigt hat, wozu er fähig sei" Am 2. Juli nämlich ließ derselbe den angesehensten Kaufmann von Botoschani, Herrn Segeni, durch Gensdarmen zu sich rufen und fragte ihn, wie er Wahl-Versammlungen beizuwohnen habe wagen mögen. Segeni berief sich auf den Ferman, doch kaum hatte er dieses Wort ausgesprochen, als Oberst Ranetto sich auf ihn warf und ihn so mißhandelte, daß nach sechs Tagen noch die Spuren davon auf seinem Gesichte bemerklich waren. Einen zweiten Anhaltspunkt zu Klagen bietet dem „Moniteur" das Schreiben, durch welches der Präfekt von Galacz, Herr Conza, bei dem Kaimakam um seine Entlassung eingekommen ist. Hr. Conza führt 7 Punkte an, welche, weil mit den Gesetzen und dem Ferman im Widerspruche stehend, ihn veranlaßt haben, sein Amt niederzulegen: erstens die Veröffentlichung von Listen, die durch Zusetzung und Ausstreichen von Namen entstellt waren, zweitens die Absetzung von Unter-Präfekten und deren Ersetzung durch „unfähige und gefährliche Individuen," drittens „das System des Terrorismus, das in dem Distrikte eingeführt ward, seit der Unterzeichnete von der Stadt abwesend ist," viertens „die Gesetzwidrigkeit der Arbeiten des Revisions-Komité's, das die Gesuche derer, die um ihr Recht einkommen, abweist, ohne ihnen Gründe anzugeben." Aus diesen und mehreren ähnlichen Beschwerden, die Herr Conza dem Kaimakam vorhält, ohne näher auf Thatsachen einzugehen, wird dann gefolgert, daß das Einschüchterungssystem in der Moldau alle Grenzen überschreite. — Die weiteren Betrachtungen sind diesmal dem „Pays" überlassen worden, welches u. A. behauptet, daß einer der Hauptzwecke des orientalischen Krieges die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Donau-Fürstenthümer gewesen sei; man könne daher nicht dulden, daß die Pforte sich jetzt in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einmische.

Wie man heute erfährt, wird der Kaiser, der am 28. in Paris ankommen sollte, erst am 29. oder 30. von Plombières zurückerwartet. Vor dem 5. August wird er entschieden nicht in Osborne anlangen. — Es stehen für den 15. August dem Landheere wie der Flotte zahlreiche Beförderungen bevor. General Mac Mahon ist schon auf diesen Tag nach Paris bestellt, wahrscheinlich um seinen Marschallsstab aus den Händen des Kaisers selbst in Empfang zu nehmen. General Bourdali, der zum Divisions-General befördert werden wird, übernimmt einstweilen Mac Mahon's Kommando. Trehouart, der kommandirende Vice-Admiral der Evolutions-Flotte im Mittelmeere, wird, da sein Kommando gesetzlich abgelaufen ist und wahrscheinlich an den Kontre-Admiral Desfosses übergehen wird, an des verstorbenen Dubourdieu Stelle zum Senator ernannt, und endlich wird an demselben Tage die Beförderung des Contre-Admirals Rigault de Genouilly, welcher gegenwärtig die französische Flotten-Abtheilung in dem chinesischen Meere befehligt, zum Vice-Admiral erfolgen. — Der Abbé Canino hatte zur Uebernahme des Groß-Almosenierats Bedingungen gestellt, auf welche die Regierung nicht eingehen konnte. Deshalb seine Rückreise nach Italien. Die Ernennung des Kardinals und Erzbischofs Morlot zu diesem hohen Amte ist jetzt gewiß. — Bei Gelegenheit des 15. August sollen außer dem neuen Louvre auch noch feierlich eröffnet werden: die sechs Pavillons der Centralhallen, der Thronsaal im Palais de Luxembourg, die Kirche Saint Chlotilde und das Asyl im Wäldchen von Vincennes, für die Genesung der Arbeiter bestimmt, die bei ihren Beschäftigungen verwundet wurden. Bekanntlich werden bei der feierlichen Eröffnung des Louvre, die am 14. August Statt findet, zugleich die Preise vertheilt werden, die den Künstlern der Gemälde-Ausstellung bewilligt worden sind. Der Besuch des neuen Louvre wird dem Publikum am 15. August gestattet werden.

Im „Droit" wird mitgetheilt: „Die Anklagekammer des kaiserlichen Hofes zu Paris vernahm gestern den Bericht in Sachen Tibaldi's, Bartolotti's, Grilli's, genannt Sare, Mazzini's, Lebru Rollin's, Massarenti's und Campanella's, von welchen die drei ersten wegen Komplottes zu dem Zwecke eines Attentats gegen das Leben des Kaisers, letztere vier wegen Mitschuld bei diesem Komplotte verfolgt werden. Wahrscheinlich wird dieser wichtige Prozeß in den ersten vierzehn Tagen des nächsten Monats vor dem Assisenhofe der Seine abgeurtheilt werden." — Wie versichert wird, hat Ledru-Rollin ein sehr ausführliches Schreiben an die hiesigen Untersuchungs-Behörden erlassen, worin er die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurückweist. — An der hiesigen Börse circuliren seit einigen Tagen eine große Anzahl beunruhigender Gerüchte. Die Polizei läßt daher die Börse scharf überwachen, um deren Verbreiter ausfindig zu machen. Gestern wurden mehrere dieser Individuen verhaftet und nach Mazas gebracht. Eine Untersuchung wurde gegen sie eingeleitet. Ein Circular des Finanzministers gestattet den rein literarischen Blättern vom 4. August an, gemäß den neuen Vorschriften, Inserate aufzunehmen, ohne deshalb der Steuertaxe unterworfen zu sein. Trotz dieser auf heimenden Bergünstigung verfährt die Regierung gegenwärtig mit größter Strenge gegen die Presse, die politische wie die unpolitische. Dem Journal „Rabelais" ist ebenfalls das Verkaufsrecht auf der Straße entzogen worden. Herr Granier de Cassagnac setzt im „Constitutionnel" die Nothwendigkeit neuer Preßgesetze auseinander, welche die kleine nicht politische Presse regeln sollen, um besonders dem Unfug der persönlichen Angriffe und Verleumdungen ein Ende zu machen. — Die Gendarmerie wird in mehreren Departements bedeutend vermehrt. — Außer dem durch das „Journal des Debats" veröffentlichten politischen Testamente hat Pisacane noch ein Werk in französischer Sprache hinterlassen: „De l'avenir de la société". Man kann dafür aber unter den jetzigen Umständen keinen Drucker in Paris finden.

Napoleon Ney, Fürst von Moskwa, ist gestern in St. Germain an einem Nervenschlage gestorben. Derselbe war 1803 geboren und vermählte sich 1828 mit der Tochter Jacques Laffitte's, von der er jedoch später geschieden wurde. Sein Schwiegersohn ist Graf Persigny, der kurze Zeit nach dem Staatsstreiche die Tochter des Fürsten heirathete. 1831 wurde der Verstorbene zum Pair von Frankreich ernannt. Man machte ihm den Vorwurf, unter den Männern zu sitzen, die seinen Vater verurtheilt hätten. Der Fürst antwortete, er thue dieses, um dessen Rehabilitirung desto schneller zu erlangen. Obgleich 1831 ernannt, nahm er seinen Sitz erst 1837 ein. Der Juli-Monarchie machte er eine ziemlich lebhafte Opposition. 1848 wurde er Demokrat und 1849 wurde er zum Mitgliede der National-Versammlung erwählt. Das Kaiserreich begrüßte er dann mit Begeisterung. Es machte ihn zum Senator und Brigade-General. Herr v. Persigny und Edgar Ney, Bruder des Verstorbenen, werden heute in Paris erwartet, um beim Begräbnisse des Fürsten anwesend zu sein, das morgen Statt findet. — Der Maler Couture, der an der strengen Idee leidet, sich für den ersten Maler seiner Zeit zu halten, beleidigte jüngst auf offener Straße den geachteten Maler Willems auf eine höchst skandalöse Weise. Alexander Dumas und A. Stevens forderten von Couture im Namen des Genannten, daß er der einzige wirklich große Maler seiner Zeit sei, und daher nur mit Stockschlägen auf die Insulten antworten werde, die ihm seine Neider zu Theil werden ließen. Ungefähr zwanzig Journalisten versammelten sich am letzten Donnerstag bei A. Dumas, um über diese Affaire zu berathen, und es wurde dort beschlossen, die ganze Angelegenheit dem Publikum vorzulegen. — Rossini schreibt, wie man versichert, an einer neuen Oper. — Die von dem verstorbenen Kölner, dem Architekten Chr Gau in Paris erbaute gothische, der heiligen Chlotilde geweihte Kirche, die jetzt ganz vollendet und im Innern mustergültig ausgestattet ist, wird am nächsten 15. August feierlichst eingeweiht werden. — An den Eisenbahn-Kassen in Frankreich sieht man bereits Frauen und Mädchen im Kassadienste beschäftigt. Ihre Dienstleistung ist eben so sicher, wie die der Männer. — Nach den neuesten Berichten soll die ungewöhnliche Hitze dieses Sommers in den meisten Weinbergen des Südens leider wieder das Oidium zum Ausbruche gebracht haben. — Von Algier sind in den letzten Tagen bereits 3000 Hektolitres neues Getreide nach Frankreich abgegangen.

Großbritannien.

London, 26. Juli. Der ministerielle „Observer" kündigt heute an, daß noch immer keine Depeschen aus Indien da sind. (Aus Marseille vom 26. wird telegraphirt, daß man die Post nicht vor dem 27. erwartete. A. d. R.) Er wiederholt die Versicherung, daß die Regierung sofort Alles rückhaltslos veröffentlichen werde. Weiter ist er bemüht, die Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft von den Schultern der Regierung auf die der ostindischen Kompagnie zu wälzen. Er sagt darüber: „Aus den dem Parlamente vorgelegten Aktenstücken geht unwiderleglich hervor, daß die ostindische Gesellschaft sich eines sehr saumseligen und kaufmännischen Benehmens schuldig gemacht hat, in so fern sie die Absendung der Verstärkungen für das europäische Heer in Indien verzögerte. Sie ward von den Behörden darauf aufmerksam gemacht; allein sie zog es vor, die Beförderung der Truppen aufzuschieben. Man will wissen, ein Hauptgrund des Aufschubs sei kleinliche Sparsamkeits-Rücksicht gewesen; sie suchte die Last, europäische Truppen besolden zu müssen, so lange wie möglich zu vermeiden. Den Sold für die königlichen Regimenter muß die ostindische Gesellschaft von dem Augenblicke an bezahlen, wo sie eingeschifft sind. Durch Verzögerung der Einschiffung hat die ostindische Gesellschaft zu Chatham und Maidstone ungefähr 10,000 Mann trefflich eingeexerzirter Truppen, so wie eine ausgezeichnete Reserve zurückgehalten. Hätte dieser Aufschub nicht stattgefunden, so würden die Truppen schon jetzt in Indien oder doch in der Nähe von Indien sein, statt daß sie in Wirklichkeit ihre Reise eben erst angetreten haben. Am Ende ist das doch nur ein thörichtes System, welches im Kleinen sparen will und im Großen verschleudert. Denn die Gesellschaft sieht sich jetzt genöthigt, für die Beförderung der Truppen nach Indien 49 £ per Kopf zu zahlen, während 16 £ hingereicht haben würden, wenn die Einschiffung zur rechten Zeit erfolgt wäre. Aus der dem Parlamente vorgelegten Korrespondenz geht hervor, wo der Aufschub seinen Ursprung hatte und was seine Ursache war. Lord Canning verlangte mehr Truppen. Man hat sie ihm gesandt und mehr gesandt; die ostindische Gesellschaft aber hat keine Rücksicht dabei bewiesen. Er hat allerdings mehr Truppen erhalten, als er verlangte, wenngleich wahrscheinlich auch nicht einen Mann zu viel. Das haben wir aber der Thätigkeit der englischen Regierung zu verdanken. Die zu der persischen Expedition gehörigen europäischen Truppen sind bereits wieder in Indien angelangt und befinden sich jetzt in der Präsidentschaft Bombay. Die nach China gesandten Soldaten sind, auf Ceylon angekommen, von Lord Canning nach Indien beordert worden, wo sie muthmaßlich bereits angelangt sind. Diese beiden Kontingente bilden eine europäische Streitmacht von 10,000 Mann. Die auf dem Wege nach Indien be-